

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

10.11.1921 (No. 263)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur:
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und andwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 A 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung gegenwärtiger Zeitung und Kontroverenzen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auspörrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Der neue Kurs in Frankreich.

Die republikanische Liga.

Von einem außenpolitischen Mitarbeiter wird aus geschrieben:

Frankreichs innere Politik steht vor einem Wendepunkt: die Erfahrung wird zeigen, inwiefern auch die Außenpolitik davon in Mitleidenschaft gezogen wird.

Der Ministerpräsident Briand wollte nur mit einer starken Mehrheit zur Abrüstungskonferenz nach Washington gehen; er war sich darüber klar, daß diese Mehrheit nicht mehr dieselbe Zusammensetzung haben könnte als noch vor wenigen Monaten.

Während des Krieges hatten die nationalistischen Parteien in Frankreich das erreicht, was in andern Ländern nie so recht gelingen wollte: ich meine den Zusammenschluß aller Franzosen zur Verteidigung des Vaterlandes unter Ausschaltung aller parteipolitischen Kämpfe. Dieser Burgfrieden hielt sogar dann noch an, als die Rücksichtslosigkeit eines Clemenceau alle politischen und persönlichen Gegner seiner Herrschaft schaltete und unterdrückte.

Der Versailler Gewaltfriede ist der augenscheinlichste und typischste Ausdruck dieser clemenceauistischen Politik. In ihm erreichte die Unzulänglichkeit, der alte gallische Haß seinen Höhepunkt.

Der Versailler Gewaltfriede sollte im Sinne Clemenceaus gleichsam die Verewigung seiner Politik darstellen: der von unheilbarem Größenwahn befallene, hysterische Greis wollte sich darin selber verewigen und bis auf die spätesten Geschlechter fortplanzen.

Doch ein Jahr nach diesem „Frieden“ war sein Urheber selber gefallen, ein Opfer seiner grenzenlosen Herrschsucht. Nach aber lebte sein Geist. Noch schien dessen Versailler Verkörperung unantastbar. Bis vor einigen Monaten schwammen die französischen Staatslenker in dem Fahrwasser weiter, in das Clemenceau eingelenkt hatte.

Durch welche allmächtigen Einflüsse geschah der Umschwung? Leider nicht infolge von vernünftigen Überlegungen. Die Not und die Macht der Tatsachen, sie allein tiefen die Neuorientierung in der innerfranzösischen Politik hervor. Eine Gewähr für deren Dauerhaftigkeit ist somit kaum gegeben.

Es wäre jedoch verfehlt, wollte man diese ersten Anzeichen eines duldsameren Frankreich übersehen. Denn selbst in einem Lande wie Frankreich, muß früher oder später die Orientierung im Innern die Beziehungen des Landes zu den fremden Völkern beeinflussen. Dieser Notwendigkeit wird sich mit der Zeit auch Frankreich nicht entziehen können.

Es war mir Gelegenheit gegeben, einige Führer des neugegründeten „Republikanischen Bundes“ über ihre Meinung zu befragen. Sie klärten mich rüchlos über Zweck und Ziel der Liga, über die innere und äußere französische Politik auf. „Seit 1919 werden wir von Politik beherrscht, deren Unfähigkeit und Sünflingswirtschaft im Innern, deren imperialistische Phrasen (es sind leider nicht immer hohe Phrasen geblieben!) nach außen sprichwörtlich geworden sind. Diese Leute sind unter einem ungerechten Wahlgeseß, nach vollständig ungenügender Vorbereitung gewählt worden. Clemenceau'scher Terror beherrschte damals das Land. Wir können sie nicht mehr als Ausfluß der wahren Volksmeinung anerkennen.“

„Andererseits sind wir aus guten Gründen der Überzeugung, daß sehr viele „Blod“leute, und gerade die einflussreichsten, nicht auf republikanischem Boden stehen. Offen oder insgeheim arbeiten sie gegen die Republik und ihre Einrichtungen. Ich erinnere nur an die Laienschule, die nach all unsern Anstrengungen heute nur mehr auf dem Papier steht, an die Zulassung der ausgewiesenen und aufgelösten religiösen Kongregationen, an die offen betriebenen royalistischen Tendenzen in der Armee usw.“

„Wir bilden keine neue Partei. Wir wollen alle republikanischen Parteien zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ vereinigen. „Und welches sind die bis jetzt erzielten Resultate, Herr Abgeordneter?“

„Sie konnten sie an der letzten Abstimmung in der Kammer erweisen. Wir hatten der bis jetzt allmächtigen Partei, den „Aragostisten“ den Fehdehandschuh hingeworfen. Sie hob ihn auf, aber nicht zu ihrem Vorteil. Wir haben das erreicht, daß es in Zukunft einem französischen Ministerium möglich sein wird, auf die Hilfe des nationalen Bloßs zu verzichten. Vor einem Jahre noch hätte man dies für unmöglich gehalten. Es ist gut, daß das Ausland dies wisse und uns danach beurteile.“

Der Sekretär der Liga klärte mich über das offizielle Programm der Vereinigung auf. Ich greife die Hauptpunkte

desselben heraus und füge das Kommentar des Sekretärs hinzu.

„Die Liga entstand aus einer Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer. Das will schon besagen, daß sie nach Außen ihre Anstrengungen auf die Erhaltung des Weltfriedens setzt. Sie will all die ungeheuerlichen Mißbräuche abschaffen, die sich durch den Krieg bei uns eingeschlichen haben. Sie will den Kriegsbeschädigten endlich die Hilfe zukommen lassen, die in schwerer Stunde das Vaterland ihnen versprach, ohne daß es bis jetzt dieses Versprechen eingelöst hätte.“

Unsere militärischen Rüstungen müssen auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden. Die Lehren des Krieges müssen im Generallstab die größte Beachtung finden. Eine radikale Reorganisation dieser Körperschaft ist dringend notwendig. Schier schlimmer als die Deutschen haufen in den gefährlichen Gebieten die Spekulanten und Ausbeuter aller Art. Gegen sie muß endlich ein Vernichtungskrieg geführt werden.“

Die Wiederherstellung dieser unglücklichen Gegenden ist ein internationales Problem. Alle Völker, die auf diesem Boden gefochten haben, müssen an deren Aufrichtung mitarbeiten. Niemand darf sich durch diese Arbeit bereichern. Die weiteste Mitwirkung der deutschen Industrie und der deutschen Arbeit muß unter allen Umständen gesichert werden.“

Was unser Finanzwesen betrifft, so sind wir der Meinung, daß eine Gesundung noch durchaus möglich ist. Denn nicht nur der Krieg, auch eine elende Politik ist schuld an unserer trostlosen heutigen Lage.“

Wir kämpfen für einen aufrichtigen Staatshaushalt ohne geheimen Fonds, ohne unkontrollierbare Ausgaben, für die Reduktion der Ausgaben. Wir können ungeheure Ersparnisse und Ersparnisse machen, wenn wir nur wollen. Herr Doumer sagen wir aus verschiedenen Gründen schärfsten Kampf an.“

Die parlamentarische Kontrolle der Ausgaben, die seit 1915 aufgehoben ist, muß wieder eingeführt werden. Die Steuern müssen auf die Schultern derjenigen gelegt werden, die sie wirklich zu tragen vermögen.“

Eine Hauptursache unseres wirtschaftlichen Rückstandes ist die mangelhafte Organisation des Kredits. Die Banken sind bei uns allmächtig geworden. Ihr Einfluß ist ungeheuer. Ich kann Ihnen versichern, daß er nicht nur auf rein ökonomischem Gebiet sich fühlbar macht, sondern auch in der Politik. Wir wollen ihn brechen. Wir wollen wirklich nationale Kreditinstitute errichten. Unser zukünftiges Budget soll die dazu bestimmten Summen enthalten.“

Der Krieg hat die Bildung großer Trusts bei uns begünstigt. Sie sind ein Produkt der freien Konkurrenz, und da wir uns zu dieser bekennen, können wir die kapitalistischen Vereinigungen nicht ohne weiteres verdammen. Aber die Nation muß das Überwachungsrecht haben. Denn nach dem Wort eines ihrer Führer erreichen ihre Interessen einen solchen Umfang, daß sie mit der des ganzen Landes identisch werden.“

Wir kämpfen gegen Protektionismus und Dumping. Wenn die Abschaffung dieser verwerflichen Methoden und die Einführung des Freihandels nicht gleich möglich ist, so müssen mit allen Ländern Handelsverträge abgeschlossen werden, die jeden wirtschaftlichen Imperialismus ausschließen.“

In einer Zeit, wo die Laienschule von mehreren Seiten aufs heftigste angegriffen wird, kämpfen wir unter Einsatz aller Kräfte für einen wahren demokratischen und republikanischen Unterricht.“

In der politischen Verwaltung kämpfen wir für ein gerechtes Wahlgeseß. Unsere heutige Volksvertretung ist eine Fälschung des Volkswillens. Wir sind von einer wahren Demokratie mehr denn je entfernt. Dazu gehört auch die baldige Einführung des Frauenwahlrechts.“

In der Außenpolitik sind wir überzeugte Anhänger des Völkerbunds, weil der Krieg bewiesen hat, daß es unmöglich ist, durch Bündnisse und Verträge den Weltfrieden zu sichern. Ebenso sind die Rüstungen nur dazu angetan, den Ausbruch des Krieges zu beschleunigen.“

Damit aber der Völkerbund den Erwartungen entspreche, die man an ihn stellen muß, ist unumgänglich notwendig, daß alle Nationen, die seine Statuten zu erfüllen gewillt sind und davon Beweise gegeben haben, aufgenommen werden; daß alle beteiligten Staaten im Interesse des Weltfriedens auf eine Reihe von souveränen Rechten verzichten, die sie bis dahin allein inne hatten; daß endlich die Vertreter der Nationen beim Völkerbundrat nicht mehr durch die Regierungen, sondern durch das Parlament als Vertretung des Volkes ernannt werden.“

Der so auf eine gerechte Basis gestellte und gefestigte Völkerbundrat wird folgende Hauptaufgaben haben:

1. Die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes, dessen Entscheid als unbedingt bindend anzusehen ist.

2. Einsetzung einer internationalen Wehrmacht, die mit der Ausführung der Beschlüsse des Rates betraut ist; dadurch wird es auch möglich sein, im Anschluß an die Washingtoner Entscheidungen die allgemeine und progressive gleichzeitige Abrüstung durchzuführen, wobei mit dem Versteuerungs- und Verkaufsverbot von Waffen und Munition alles Art begonnen werden muß.

3. Die Einsetzung eines internationalen Organismus, der eine gerechte und gleichmäßige Verteilung aller durch die seit 1914 geführten Kriege entstandenen Schäden und Lasten bewirken soll, ebenso wie die Entwicklung des internationalen Kredits und die Verbesserung des Geldfußes.“

Man kann mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die hien ausgesprochenen Tendenzen die unbedingt denen der meisten Franzosen entsprechen, auch in der französischen Politik der nächsten Zeit ihren Ausdruck finden werden. In seiner letzten Kammerrede war Briand sichtbar darauf bedacht, Anhänger bei der Republikanischen Liga zu erwerbten: daß ihm dies gelungen ist, zeigen die Ziffern und die Namen seiner Mehrheit. Damit ist der vielbesprochene „Aus nach links“ vollzogen. Abertriebene Erwartungen deutscherseits daran zu knüpfen, wäre ebenso verfehlt und kurzfristig, wie die vollständige Ignorierung des neuen Rufes. Zu tief noch steckt der Franzose in alten Vorurteilen, in altem Haß; gewaltige Mächte haben ein Interesse daran, daß dieser Zustand dauere, sich verewige. Zudem ist in Frankreich zwischen schönen Worten und der Praxis ein sehr, sehr weiter Schritt und die Herren Hertiot und Painlevé sind gewiß Vollblutfranzosen. . .

Politische Neuigkeiten.

Die Reparationskommission über das Wiesbadener Abkommen.

Das britische Auswärtige Amt hat den Bericht des britischen Delegierten in der Reparationskommission, Sir John Bradburn, über das Wiesbadener Abkommen vom 6. Oktober 1921 veröffentlicht.

Es heißt darin, das Abkommen habe die Bedeutung, daß Deutschland zu der ihm von der Reparationskommission unter dem Friedensvertrag auferlegten Last noch eine neue übernommen habe. Wenn man in Betracht ziehe, was in Deutschland gesagt und geschrieben worden sei, nicht nur vom allgemeinen Publikum, sondern von verantwortlichen Mitgliedern der Regierung über die Schwierigkeit der Durchführung der Deutschland auferlegten finanziellen Verpflichtungen, so sei es bemerkenswert, daß Deutschland jetzt aus freien Stücken bereit sei, diese neue Last zu übernehmen. Zweifellos befände sich unter den Gründen, welche die deutsche Regierung dazu veranlaßten, der berechnete Wunsch, die durch die Ruinen in Frankreich geschaffenen offenen Wunden zu beseitigen, sowie der (wahrscheinlich wohlbegründete) Glaube, daß die industriellen und finanziellen Verhältnisse Deutschlands augenblicklich derart seien, daß es Vorteile habe, eine Erleichterung in der Beschaffung ausländischer Devisen selbst mittels einer mehr als gleichwertigen Verpflichtung, die durch die Ausfuhr von Waren erfüllt werden könne, zu erkaufen. Die Tatsache bleibe jedoch bestehen, daß der potentielle Umfang der hinzukommenden Lasten so groß sei, daß es unklar sein würde, anzunehmen, daß sie ohne Schaden für die Erfüllung der Deutschland durch den Zahlungsplan auferlegten Verpflichtungen ertragen werden könnte. Wenn einigermaßen Grund zu der Annahme bestehen würde, daß die Verpflichtungen unter dem Zahlungsplan aufrecht erhalten werden könnten, so würde es nicht unvernünftig sein, Frankreich den vollen Vorteil in der Beschleunigung und in der Bezahlung der Reparationsanteile zu gestatten. Die Verpflichtungen des Zahlungsplans seien jedoch erst im letzten Mai festgesetzt worden und hätten damals nach Ansicht der Reparationskommission und der alliierten Regierungen die höchste Last darstellt, die Deutschland nach den vorliegenden Angaben zu tragen in der Lage sei.

Der Bericht fährt fort: Auf die Bezahlung der ersten Rate von einer Milliarde Goldmark trat eine starke Entwertung der Mark ein. Die Arbeiten des Garantieauschusses hätten noch nicht einen Punkt erreicht, in dem die Bezahlung der übrigen Raten selbst für das laufende Reparationsjahr als gesichert angesehen werden könne. Für den Fall, daß die deutsche Regierung wegen der darauf folgenden Rate in Schwierigkeiten kommen sollte, sei es unvermeidlich (was auch immer die Absichten des Augenblicks seien), daß die hinzukommenden, Frankreich gegenüber übernommenen Verpflichtungen nicht nur als Grund für eine Rücksichtnahme geltend gemacht werden würden, sondern daß die Verpflichtungen tatsächlich einen Beweisgrund zugunsten einer solchen Rücksichtnahme darstellen würden, der von den alliierten Regierungen nicht außer acht gelassen werden könnte. Die Folgen des Abkommens könnten sein, daß während eines sehr beträchtlichen Zeitraums eine Änderung zugunsten Frankreichs und zum Nachteil anderer Alliieter in der Verteilung der verfügbaren

Reparationsentwürfe zwischen den Alliierten erfolge. Wenn die anderen alliierten Mächte nicht bereit seien, die mit Frankreich bestehenden Vertragsverpflichtungen und interalliierten Vereinbarungen betreffend die Prioritäten hinsichtlich der Reparationsentwürfe abzuändern, so seien weitere Bürgschaften erforderlich. Diese seien das nach Ablauf des Aufschubs keine neue Abschließung des Debets gestattet sein solle, und daß die Abtragung des bestehenden aufgeschobenen Debets durch regelmäßige Raten begonnen werden solle.

Die genaue Dauer dieses Zeitraums soll bestimmt werden nach der Zeit, die notwendig ist, um das Hauptwerk des Wiederaufbaues durchzuführen unter Berücksichtigung der Zeit, die Deutschland benötigt, um die notwendigen Lieferungen auszuführen. Der vorgeschlagene Zeitraum soll sieben Jahre nicht überschreiten. Zweitens darf unter keinen Umständen der Gesamtbetrag des aufgeschobenen Debets den gegenüber Frankreich vorgeschriebenen Betrag von etwa vier Milliarden Goldmark überschreiten. Drittens soll eine Bestimmung eingefügt werden, derzufolge Frankreich von Zeit zu Zeit in das allgemeine Reparationskonto Beträge einzahlt um den anderen Alliierten ihren Anteil an den von Deutschland nach dem Zahlungsplan geschuldeten Beträgen zu sichern. Wenn diese Bürgschaften eingefügt werden, kann das Wiesbadener Abkommen zur Beschleunigung der Lösung des Reparationsproblems auf breiter Grundlage in einer für Frankreich vorteilhaften Weise beitragen, ohne daß dadurch die Interessen der anderen Mächte geschädigt werden.

Aus diesem Grunde hat die Reparationskommission das Abkommen den alliierten Regierungen einstimmig zur Prüfung empfohlen. Wenn die alliierten Regierung das Abkommen mit den notwendigen Bürgschaften genehmigen sollten, müßte die Reparationskommission noch weitere Punkte erwägen, u. a. die besonderen Abmachungen bezüglich der Kohlenlieferungen und bezüglich der Preise, die gutgeschrieben oder zur Last geschrieben werden sollen.

Das neue Gesetz über den Verkehr mit Devisen.

Das Reichskabinett hat, wie verlautet, in seiner gestrigen Sitzung dem vom Reichswirtschaftsministerium eingebrachten Gesetzentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten seine Zustimmung erteilt. Der Inhalt dieses Gesetzentwurfs ist folgender:

1. Der Handel mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten soll von nun an von den Banken gebunden sein, also nur durch Vermittlung von Bank zu Bank gehen; wenn ein Devisen- oder ähnliches Geschäft abgeschlossen wird.
2. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der mit ihnen ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingegangen, nach Höhe, Kurs usw. einen Schluschein auszustellen. Dieser Schluschein muß von den Banken dem betreffenden Finanzamt besorgen, von dem das Devisengeschäft eingegangen worden ist, überwiesen werden. Die Finanzämter nehmen dann ihrerseits die überwiesenen Scheine zu den Steuerakten. Der Gesetzentwurf wird binnen kurzem dem Reichstag zu gehen.

Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher.

Die bayerische Staatsregierung hat eine Verordnung zum Schutze der Verbraucher ergehen lassen, die sich gegen die Mißstände im Verkehr mit Lebensmittel- und Bedarfsgegenständen wendet. Die Verordnung stellt die bestehenden strafrechtlichen Bestimmungen gegen das Schieber- und Wucherertum zusammen und weist die Justizbehörden und polizeilichen Überwachungsorgane an, die Strafverfahren zur raschen und wirksamen Anwendung zu bringen. Besonders soll der strafbare Zurückhaltung von Waren nachgegangen werden. Verurteilte Schieber und Wucherer sind durch Bekanntgabe ihrer Namen öffentlich zu brandmarken. Auf höhere Preise und große Gewinne sollen, auch wenn ein strafrechtliches Einschreiten nicht möglich ist oder ohne Erfolg bleibt, die Finanzbehörden zur steuerlichen Erfassung aufmerksam gemacht werden. Besonders Augenmerk ist auf die Säuberung des Handels von allen unlauteren und ungeeigneten Elementen zu richten. Der Erlaß betont, daß die bayerische Staatsregierung schon vor geraumer Zeit eine Reihe von Anträgen zur Überwachung und Regulierung der Preisbildung gestellt hat und daß diese Anträge mit Nachdruck weiter verfolgt würden. Alle behördlichen Maßnahmen gegen die wirtschaftlichen Mißstände seien aber zum Mißerfolg verurteilt, wenn die Behörden nicht von dem rechtlich denkenden Teil des Publikums tatkräftig unterstützt würden.

2. Sinfoniekonzert.

Mozarts reinste Klassik, wie sie sich in seiner G-moll-Sinfonie ausdrückt, Sandbergers nachwagnerische Romantik im Gewand eines Sinfonischen Gebiets „Viola“ und Mahlers willkürliche Behandlung der klassischen Kunstform als „Sinfonie für eine Tenor- und eine Violine und Orchester“ unter Zugrundelegung chinesischer Lyrik — diese drei Werke waren etwas gewaltig im Programm des 2. Sinfoniekonzerts (Montag abend) zusammengefaßt. Es besteht kein inneres Band unter diesen drei Dichtungen. Sie sind in Bezug auf musikalischen Stil, auf seelischen und geistigen Gehalt und auf künstlerischen Wert grundverschieden. Mozarts Sinfonie ist reinste Kunst, höchste Einheit von Form und Inhalt, vollendetes Gestalten seelischen Erlebens. Sandbergers Dichtung ist das Werk eines feinsinnigen Komponisten, der sich mit Gedicht und Fleiß der musikalischen Mittel, wie sie ihm seit Wagner zur Verfügung stehen, bedient und des vor allem in der Vertonung der lyrischen Partien seines Vorwurfs zarte Innigkeit und Gemüt befundet. Shakespeares Humor dagegen steht nicht auf seiner musikalischen Palette. Kompositorisch ist das Werk musterhaft angelegt und durchgeführt und mit großer Sorgfalt instrumentiert. Im ganzen wirkt die Dichtung zu weich, fast süßlich — sentimental. Mahlers „Lied von der Erde“ ist ein Ringen mit den höchsten und tiefsten Problemen unter Aufbietung aller klanglichen Mittel, ein Streben nach Lösung der Welträtsel, ein Hinausgreifen in metaphysische Regionen, ein Verfinden in mythische Gründe. Das Werk, im einzelnen reich an musikalischen Schönheiten, die den Hörer tief ergreifen, ist aber als Ganzes unaußgeglichen, oft überladen in der Instrumentation, nicht ohne Trivialitäten, in der Tonmalerei mitunter von einer bestrebenden Naivität.

Unter Herrn Cortolezis Leitung erfahren die Werke durch unser ausgezeichnetes Orchester eine vorzügliche Wiedergabe. Die Mozartsche Sinfonie war von glühender Leidenschaft durchpulst. Der langsame Satz atmete schmerzliche Resignation. Der grimme Humor des Remets hatte etwas Ergreifendes. Im Schlußsatz wurden die Erschütterungen des Schmerzes und der Verzweiflung mit häuftenförmiger Gewalt entfesselt. „Viola“ erfuhr durch den Komponisten selbst eine liebevolle Ausdeutung. In Mahlers „Lied der

Neue Raubgeldliste des französischen Imperialismus.

In der vorgestrigen Sitzung des französischen Senats sprach Senator Jassy eingehend die Finanzlage. Man dürfe sich durch einen angeblichen deutschen Bankrott nicht schrecken lassen. Man müsse sich an den natürlichen Reichtümern Deutschlands schadlos halten. Wenn man Deutschland verhindern wolle, Frankreich den Krieg zu erklären, müsse man alle strategischen Eisenbahnlinien besetzen und die beiden Rheinufer neutralisieren. Das wäre eine ernstliche Friedensgarantie und eine Frage, mit der sich der Völkerbund beschäftigen müßte. Der Senat schlug eine internationale Anleihe bei den Neutralen vor, um die französische Finanzlage zu bessern. Diese Anleihe solle durch eine Hypothek auf das deutsche Vermögen gedeckt werden.

Keynes über den Marksturz.

In einem Artikel im „Manchester Guardian“ führt Prof. Keynes aus, der Marksturz der durch die Versuche der deutschen Regierung ausländische Währungen zur Begleichung der Reparation zu beschaffen, eingeleitet wurde, sei wahrscheinlich im späteren Stadium darauf zurückzuführen, daß die Spekulant in der gesamten Welt vollständig den Kopf verloren hätten und ihre Portofolios auf die Märkte schleudern. Der zukünftige Wert der Mark hänge jetzt von der Politik der Alliierten ab. Wenn der Kurs der Mark auf seinem augenblicklichen Stand verharre und die deutschen Zinssätze darauf eingestellt werden, so sei eine weit größere Menge von Noten als bisher erforderlich, um die Geschäfte Deutschlands weiterzuführen. Die vermehrte Notenausgabe in Deutschland sei das Ergebnis des Zusammenbruchs der deutschen Währung und nicht umgekehrt.

Briands Programm für Washington.

Der New-Yorker Berichterstatter von Reuters erfährt, daß Briand auf die Washingtoner Konferenz komme mit vollkommen freier Hand, unbehindert durch Instruktionen seines Kabinetts. Wie verlautet, werde Briand folgende Grundsätze vorlegen:

1. Frankreich stimmt mit den Vereinigten Staaten bezüglich der kommerziellen Angelegenheiten in China überein.
2. Die Verminderung der Küstung zur See findet von seiten Frankreichs keine Schwierigkeiten, da die französische Flotte bereits unter dem Maßstab steht, der wahrscheinlich angenommen werden wird.
3. Die französischen Interessen werden in der Hauptsache von den Rüstungen zu Lande berührt angesichts der Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland.
4. Was die Frage der deutschen Reparationen betrifft, so ist sie so eng verbunden mit der Frage, wann und wie Frankreich mit der Begleichung seiner amerikanischen Schulden beginnen kann. Wenn daher Washington den Wunsch habe, die Frage der alliierten Schulden auf der Konferenz anzuschneiden, so sei die französische Delegation bereit, diese Frage zu erörtern.
5. Frankreichs Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund behindern nicht den Anschluß Frankreichs an andere Mächte innerhalb oder außerhalb des Bundes bei der Verminderung der Rüstungen oder der Regelung einer anderen Frage, die der Völkerbund als auch innerhalb seiner Rechtsgewalt befindlich betrachtet.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 10. November.

Der Landtag hat heute mit 79 Stimmen den Abg. Wittemann (Str.) zu seinem Präsidenten gewählt. Erster Vizepräsident wurde mit der gleichen Stimmzahl der Abg. Maier-Heibelberg (Soz.), zweiter Vizepräsident mit 69 Stimmen der Abg. Gebhard (Landbund).

Die Kommunisten hatten gegen die vom Abg. Dr. Schofer beantragte Wahl durch Zuzuführung erhoben das sie und die Unabhängigen von der Aussprache im Ausschuss ausgeschlossen gewesen seien. Die Abg. Marum (Soz.) und Dr. Gummel (Dem.) machten darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung nur die Fraktionen im Ausschuss vertreten seien, solche seien aber Kommunisten und Unabhängige wie auch die Deutsche Volkspartei nicht. Wohl aber hätten diese Parteien im Ausschuss beratend mitwirken können.

Da der Widerspruch trotzdem aufrechterhalten wurde, mußte Zettelwahl mit dem obigen Ergebnis erfolgen. Dabei gab die äußerste Linke 6 weiße Zettel ab.

Erde“ hatte Friß Scherer vom Stadttheater Wiesbaden die Tenorpartie übernommen und brachte sie mit klangvoller, metallener Stimme sehr wirkungsvoll zu Gehör. Über ein prächtiges Organ verfügt die Frankfurter Opernsängerin Magda Spiegel, die die Altpartie mit einer weich-quelkenden, hell aufleuchtenden, in der Tiefe dunkel überdachten Stimme sang. Ihrer Vortragskunst ist es vor allem zu danken, wenn die Dichtung die Hörer bis zu dem visionär verfliegendem „ewig“ im Wahn hielt. Im Orchester lief Cortolezis alle Farben der Partitur aufleuchten. Nur verfiel er wieder in den Fehler, die Details zu sehr zu unterstreichen.

Das ausverkaufte Haus spendete besonders am Schluß lebhafte, langandauernde Beifall.

Marceline Desbordes-Valmore.

Von Will Scheller.

Im Museum von Donau, einer nobizanzösischen Provinzstadt am Ufer der Scarpe, befindet sich ein weißes Bildnis, das durch seine Haltung auffällt. Zwei anscheinend wohlgeformte Hände mit Händen, die von Arbeit reden, stützen über einem kleinen Tisch, auf dem ein offenes Buch liegt, ein Antlitz, das von blondem, in der Mitte geschichteten Haar umrahmt wird. Die Züge des Gesichts, durch eine gewisse Unregelmäßigkeit gekennzeichnet, sind nicht schön zu nennen: stark entwickeltes Kinn, üppiger Mund, längliche, stark gefornete Nase, sind die besonderen Merkmale, aber dann sind es die Augen, die diesen Eindruck verewigen: Augen, die unter garten Brauen, schmerz erfüllt sich nach oben richten, abgesehen von irdischen Schmerzen, doch noch zu stark von ihm berührt, als daß schon die Seligkeiten des Himmels sie erfüllen könnten. Das Bild stellt Marceline Desbordes-Valmore dar, eine französische Dichterin aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und gibt ein deutliches Bild, das, von Stefan Zweig (im „Anli-Berlaug zu Leipzig“) herausgegeben, eine Lebensbeschreibung der Dichterin von Zweig selbst, ausgewählte Gedichte in Übersetzung durch Gisela Ebel, Profastide, Briefe, und Urteile von Zeitgenossen enthält und füglich geeignet ist, deutschen Lesern eine zutragliche Anschauung dieser literarischen Persönlichkeit zu verschaffen.

Blatt von statten ging in dessen die Wahl der Schriftführer. Als solche wurden durch Zuzuführung bestellt die Abg. Ziegelmeier, Oberkirch (Str.), Schneider-Mannheim (Dnl.), Frau Fischer-Karlsruhe (Soz.) und Frau Strauß (Dem.).

Präsident Wittemann dankte für die Vertrauensfundgebung und versprach mit Unterstützung des Hauses die gute Tradition des badischen Parlaments hinsichtlich der Geschäftsführung zu bewahren. Er schloß mit herzlichen Dankworten an den Alterspräsidenten Dr. Paasche (Beifall).

Nach Einsetzung der Wahlprüfungskommission und Verlesung einer großen Zahl von Anträgen und Anfragen, vertagte man sich auf Freitag vormittag 10 Uhr. Wahlprüfung und Frage der Fraktionsbildung.

„Nur nicht so stürmisch!“

Unter dieser Überschrift schreibt der „Badische Beobachter“: „Durch die Presse geht die Nachricht, der Landtag beschließt die Bestimmung der Geschäftsordnung, wonach zum Austritt als Fraktion mindestens sieben Mitglieder erforderlich sind, dahin abzuändern, daß künftig schon fünf Mitglieder zur Fraktionsbildung genügen. Dieser (inzwischen bereits in einem entsprechenden Antrag der Deutschvolkspartei, die Abgeordnete formulierte. Red. d. „B.“) Wunsch entspringt offensichtlich Kreisen der Deutschen Volkspartei, denen das Glück am Wahltag allerdings wesentlich weniger hold war, als sich dies in ihren Köpfen vor der Wahl ausgemacht hat. Rechnete man doch in volksparteilichen Kreisen, wie wir wissen, mit mindestens 12 Sitzen und glaubte man dann mit dieser sicheren Zahl ein Anrecht auf die Besetzung des Unterrichtsministers in Baden zu haben. Na, ganz Sirige gaben sich schon Mühe, den volksparteilichen Kandidaten herauszufügeln; doch damit wars nichts. Die Herren können sich mit dem schönen Scheffelschen Kompetenzverge begnügen: „Behüt dich Gott, es war so schön gewesen“. Ähnlich scheint es uns auch mit der Nachricht von der Verminderung der Fraktionszahl von 7 auf 5 zu sein. In Zentrumskreisen wenigstens weiß man davon lediglich nichts; man sieht, wie wir hören, auch keine Veranlassung, jetzt an der Geschäftsordnung schon wieder eine Änderung eintreten zu lassen. Schließlich ist auch die Geschäftsordnung kein Zauberschlag und die Zersplitterung in Fraktionen zu fördern, liegt absolut kein Anlaß vor. Ob übrigens der Wunsch, die Fraktionszahl zu verringern, da und dort auch so sympathisch begrüßt worden wäre, wenn eine mehr linksstehende Parteigruppe nur fünf Mandate errungen hätte?“

Ein gerichtliches Nachspiel zum Oppauer Unglück.

Kurz nach der Explosionskatastrophe in Oppau erschien im Nr. 267 des „Mannheimer Tagblatts“ unter „Eingesandt“ ein mit Jakob Strobel, Mitglied der Technischen Nothilfe Mannheim (Kienhof), unterzeichneter Artikel, der die schwersten Angriffe gegen den Minister des Innern, Remmelke, enthielt. Unter der Überschrift „Wo bleibt die Nachhilfe?“ wurde in scharfer Form behauptet, Minister Remmelke habe das Eingreifen der Mannheimer Nothilfe nach dem Oppauer Unglück verboten. Bei Einsetzung der Nothilfe seien „ohne Zweifel noch viele Menschenleben zu retten gewesen, selbst die französische Besatzungsbehörde hätte mehr Mitleid gezeigt“. Dieser Artikel war dann noch in einer Reihe anderer Zeitungen und selbst in die französische Presse des Besatzungsgebietes übergegangen.

Wegen dieser unangehörlichen Verdächtigung, die dem Minister nichts geringeres als die Schuld an dem Tode vieler Menschen vorwirft, hatte Minister Remmelke Privatklage gegen den Verfasser des „Eingesandt“, den Mannheimer Lagerverwalter Jakob Strobel erhoben, die am Mittwoch Mittag vor dem Karlsruhe'r Schöffengericht zur Verhandlung kam. Der Privatkläger, der wegen dienstlicher Inanspruchnahme nicht erscheinen konnte, wurde von Rechtsanwalt Marum vertreten. Zu Beginn der Verhandlung wurde gegen 2 Zeugen, die Ingenieur Zeiß und Wöring, wegen Nichterscheinen eine Geldstrafe von je 100 M. ausgesprochen.

Der Angeklagte Jakob Strobel erklärte, daß er den Artikel selbst geschrieben habe auf Grund einer Mitteilung, die er von dem damaligen Leiter der Technischen Nothilfe Mannheim, Ingenieur Zeiß, erhalten habe. Dieser habe ihn sofort direkt aufgefordert, einen solchen Artikel in die Presse zu bringen. Die Verhandlung, bei der Ministerialrat Leers vom Ministerium des Innern als Zeuge benommen wurde, ergab die völlige Haltlosigkeit der Behauptung Strobel's. Tatsächlich war die Technische Nothilfe Mannheim von den Vertretern der badischen Regierung, die sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe im Auto nach Mannheim und Oppau gefahren waren, zur Hilfeleistung zur Verfügung

Dieses Buch lesen heißt aber erkennen, daß es sich am Ende nicht um einen literarischen Eindruck handelt, der aus ihm zu gewinnen ist, sondern vor allem und in erster Linie um einen menschlichen und ungemeynen Zuschnitt. Mögen auch Männer, die in Deutschland nicht minder beachtet werden als in Frankreich, mögen Valzac, Sainte-Beuve, Barbey d'Aureville, Victor Hugo, Verlaine, Claudel, in den höchsten Tönen die literarische Bedeutung der Madame Valmore preisen, mögen sie sie neben die geistig bedeutendsten Frauen aller Jahrhunderte stellen, und mag es immer sein, daß Gisela Ebel, die kundige Mitarbeiterin von Werken fremder Sprache, in diesem Buch ihren Ruhm um ein Erkleckliches vermehrt hat — dem deutschen Leser sagt dies alles wenig im Vergleich zu dem Eindruck des Menschenlebens, das dahinter gestanden ist, im Vergleich zu der Seelengröße, die sich umsonst zu verbergen gesucht hat. Wieviel Graujahre auch die neueste Zeit für alle und jeden mitgebracht haben mag, es kann doch nicht dazu dienen, die Erkenntnis abzuschwächen, daß das Leben der französischen Dichterin eines der heldenhaftesten aller Zeiten und Völker gewesen ist.

Dieses Leben war ein einziger Passionsweg, und all seine Daten sind Leidenssituationen grauamster Krängung. Eine Armut und Niedrigkeit sondergleichen ist das Stigma dieses Schicksals, das in seiner geistigen Grundlage die Unwahrhaftigkeit zu höchstem Aufstieg wahrnehmen ließ. Die Welt freilich sah nur eine Schauspielerin, die früh zu Erfolgen kam und früh ihre Laufbahn aufgab, um literarisch zu wirken. In Wirklichkeit aber war nichts von Willkür, nichts von freier Wahl zu spüren, sondern ausschließlich Zwang, Zwang aus bitterster Not geboren, die ein Herz ertrug, heidisch ertrug, das frühzeitig gebrochen war und trotz aller Enttäuschung nicht aufhörte, jede Last auf sich zu nehmen, um nicht nur den Seinen, sondern auch Fremden zu helfen. Wenn in Bezug auf menschliches Leben von Heiligkeit gesprochen werden kann, dann ist es im Falle Marcelines Desbordes-Valmore gewiß am Platze, die um ihres Gatten und ihrer Kinder willen die herbe Speise eines jammervollen Lebens aß, ohne doch nur das geringste Ziel zu erreichen. Wie eine von Natur gebrechliche Frau so raube Wege gehen, so außergewöhnliche Abenteuer erleben, so tiefes Elend überleben konnte, ohne im geringsten von dem

gestellt worden. Die die Disziplin leitenden Stellen in Oppau hatten aber auf eine Inanspruchnahme der Nothilfe ausdrücklich verzichtet, da genügend Hilfskräfte vorhanden waren. Aus den Aussagen des Angeklagten, der vielfach einen sehr erregten und herausfordernden Ton anschlug, ergab sich dann noch mit aller Deutlichkeit, daß er auch aus persönlichen Gründen, die mit dem Oppauer Unglück in keinem Zusammenhange stehen, zu einem Vorstoß gegen das Ministerium des Innern veranlaßt worden war. In scharfen Worten kennzeichnete Rechtsanwalt Marum die Ungehörlichkeit der Beleidigung und beantragte eine angemessene Freiheitsstrafe. Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis, zum Tragen der Kosten und zur Veröffentlichung des Urteils im „Mannheimer Tagblatt“ und in der „Karlsruher Zeitung“. Bei der Begründung des Urteils stellte der Vorsitzende, Oberamtsrichter Dr. Müller fest, daß der Artikel mit der Wahrheit in vollkommenem Widerspruch stehe. Bei der Strafmessung wurden vor allem die Schwere der Beleidigung des Privatklägers, die durch eine derartige Verleumdung unterminiert werden sollte, und die persönlichen Gründe, die unzweifelhaft bei der Abfassung des Artikels mitspielten, in Betracht gezogen. Als strafmildernd wurden die geistigen Qualitäten des Angeklagten, sowie die Tatsache berücksichtigt, daß er durch seine Hintermänner zu dem Artikel mit veranlaßt worden war.

Theodor Wacker †

Geistlicher Rat Theodor Wacker ist gestern mittag an den Folgen einer Lungentzündung gestorben.

In Theodor Wacker ist einer der hervorragendsten badischen Zentrumspolitiker und eine der markantesten Persönlichkeiten des politischen Lebens in Baden hingegangen. Er war am 5. 11. 1845 in Wohlshausen (Amt Hagenburg) als Sohn bescheidener Bürgerleute geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in seiner Heimatgemeinde absolvierte er das Oppauer Gymnasium, um dann ins Lyzeum zu Freiburg einzutreten. Schließlich oblag er an der dortigen Universität theologischen Studien und empfing im Jahre 1869 zu St. Peter die Priesterweihe. Wacker wirkte zunächst als Kooperator in Konstanz, um schon nach kurzer Zeit ans Freiburger Münster berufen zu werden. In diese Zeit fallen auch die Erziehungsjahre seiner politischen Tätigkeit, indem man ihn als Nachfolger des verstorbenen Repetitors Schmitt zum Leiter des Bürgervereins erlor. Er wurde bald bekannt durch seine Vorträge im Verein wie auch durch die ihm übertragenen Redaktionen des „Freiburger Boten“. Mit dem Jahre 1879 begann Wacker seine parlamentarische Tätigkeit. Die Stadt Freiburg schickte ihn in die zweite Kammer, wo er lebhaften Anteil an den Kulturdebatten nahm und dem er mit Unterbrechungen bis 1908 angehörte. Die Leitung der Zentrumspolitisch behielt er bei bis sein Gesundheitszustand ihn zwang, sie abzugeben. Auch als Mensch und Priester genoss Wacker bei allen, die ihm nahestanden, bezog. seiner geistlichen Obhut anvertraut waren, ein hohes Maß von Verehrung und Berehrung.

Die Beisetzung Necks

DZ. Gestern nachmittag 8 Uhr wurde in Gegenwart der verehrten Bürgermeister und langjährige Landtagsabgeordnete Neck unter großer Beteiligung der Kreise, denen der Verstorbenen in seinem arbeitsreichen Leben nahegekommen hatte, zu Grabe getragen. Staatspräsident Trunt, Minister Hummel, Vertreter der Parteien des Landtags und der Landwirtschaftskammer hatten sich eingefunden, um dem Dahingeschiedenen die letzte Ehre zu erweisen. Zahlreiche Kränze wurden am Grabe niedergelegt. Staatsrat Wittenmann legte namens der Volksvertretung und der Regierung zwei Kränze am Grabe nieder. Auch Minister Dr. Hummel gedachte in ehrenden Worten des Dahingeschiedenen. Es sprachen noch der Direktor der Landwirtschaftskammer Dr. Müller, Staatsrat Weisshaupt, Staatsrat Schön und andere. Ein Gottesdienst in der evangelischen Kirche schloß die Trauerfeier.

Tagung der israelitischen Landes-synode Badens.

DZ. Am Sonntag vormittag begann in Karlsruhe die Tagung der israelitischen Synode. Eröffnet wurde die Sitzung nach einer Ansprache des Vorsitzenden des Oberrats, Moritz Strauß-Karlsruhe, wobei er nach einigen Mitteilungen über die noch in Vorbereitung befindlichen Arbeiten des Verfassungsausschusses auf die Notwendigkeit der Erledigung der Vorlagen Bericht 1921—23, Befehlungsanträge für Rabbiner, sowie Lehrer und Kantoren und Aufgehobensfragen) hinwies. Die Vorlagen machen eine Erhöhung des Steuerfußes um beinahe das Doppelte nötig. Die Wahl des Präsidiums erfolgte durch Zufall. Zum Präsidenten wurde, wie bei der letzten Synode,

Haltung abzuweichen, die ein vornehmtes, wahrhaft edles Empfinden ihr vorstreckt, das nicht gerade übernatürlich und wird fast ungläublich, wenn es nicht einwandfrei belegt sein würde.

So lieft sich dieses Leben wie ein Roman, in den die Wirren der französischen Geschichte jener Zeit höchst zeitgemäß hineinspielen, aber es bleibt doch mehr davon, als von einem Roman, und wäre es der besten einer. Es bleibt davon die Gewißheit, daß das Menschenherz mehr ertragen kann, als es selber glaubt, und daß es auch in den Niedrigungen des Menschenlebens Verkörperungen dessen gibt, was mehr als menschlich ist. So ragen diese Dokumente des Lebens einer französischen Dichterin weit hinaus über literarische, historische und nationale Bewertung. Ihr Wesentliches liegt in einem Allgemeinen des Menschseins, das erhaben ist über geistige, zeitliche und bürgerliche Unterschiede, und deshalb überall, wo Menschen über die Gebundenheiten des Vergänglichen hinausstreben, vorbildlich sein kann. Die Bedeutung dieses Buches liegt auf der Höheebene von Ethik und Religion, wenn auch nie mit Worten brutaler Pädagogik darauf hingedeutet wird. Marceline Desbordes-Valmore aber ist vergessen, und zwar, wie Daudelaire gesagt hat, von denen, die nichts fühlen und daher nichts bewahren. Umso stärker wird sie weiterhin auf diejenigen zu wirken vermögen, die „fühlen“ können, und für diese allein ist das Buch bestimmt, das zum ersten Mal in Deutschland ihren Namen so nachdrücklich zur Geltung bringt.

Mithraismus und Christentum.

Prof. Dr. Artur Drews sprach am Freitag abend im Eintrachtsaal über Mithraismus und Christentum. Der Vortragende stellte in den wesentlichsten Punkten eine Übereinstimmung der Begebenheiten in der Mithra- mit denjenigen in der Christusbewegung fest, die er als eine Verknüpfung der Vorgänge am Sternenhimmel deuten zu können glaubt. Zunächst erläuterte Dr. Drews den Begriff des

Dr. Nathan Stein-Karlsruhe, gewählt zum Vizepräsidenten Eduard Bauer-Mannheim, zum Schriftführer Dr. Bloch-Konstanz und Darmstädter-Ladenburg. Vorsitzender Dr. Stein weist auf die Wirkungen des Nachspruches bezüglich Oberschlesien hin, tritt für einen Ausgleich von Stadt und Land ein und wünscht rasche Erledigung der Vorlagen bei ernster und würdiger Verhandlungsweise. Nach Bildung der Ausschüsse betrat die Synode am Montag nachmittag 8 Uhr.

Die badische Landwirtschaftskammer

hat im Interesse der badischen Landwirtschaft, die zufolge ihrer Lage an der Peripherie des deutschen Reiches bei ihrem starken Bedarf und Bezug norddeutscher Saatgutes, norddeutscher Futtermittel und Lebensmittel, norddeutscher Kohlen usw. als auch bei ihrem Abfall von Obst usw. unter jeder Tarifierhöhung besonders schwer zu leiden hat, folgende Anträge bei der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe gestellt:

1. Die badische Landwirtschaftskammer erhebt gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife ihre schmerzlichen Bedenken, da diese geeignet ist, produktionshemmend zu wirken.
2. Unter allen Umständen fordert sie die Beibehaltung der im Juni in Kraft getretenen tariflichen Vergünstigungen für Nahrungsmittel und des Ausnahmetarifs für Düngemittel.
3. Die Gültertarife sind weitgehend vertikal zu staffeln, wobei auf die geographisch ungünstig gelegenen Gebiete Rücksicht zu nehmen ist.
4. Die Eisenbahnverwaltung sollte mit Rücksicht auf den parzellierten Grundbesitz in Baden und Süddeutschland die noch vorhandenen 10 Tonnen-Wagen in erster Linie diesen Gebieten zur Verfügung stellen.

Tagung der Süddeutschen Handelskammern.

DZ. In Konstanz tagten dieser Tage die Süddeutschen Handelskammern gemeinsam mit Vertretern der Deutschen Handelskammern in der Schweiz. Es waren circa 130 Teilnehmer anwesend, unter denen sich auch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und der einzelnen Landesregierungen befanden. Das Hauptreferat hielt der Syndikus der Handelskammer in der Schweiz, Herr Birch, über die Wirtschaftslage in der Schweiz und ihre Auswirkung auf den deutsch-schweizerischen Güterausverkehr. Der Niederschlag des Referats und der Diskussion, die sich daran anschloß, kam zum Ausdruck in einer Resolution, in der festgelegt wurde, daß die katastrophale Entwertung der deutschen Valuta verursacht werde durch den Versaillesvertrag und das Londoner Ultimatum, ein Beweis dafür, daß die Deutschland auferlegten Lasten die Kräfte der deutschen Volkswirtschaft übersteigen. Eine Einigung ist nach einmütiger Überzeugung der Versammlung nur durch Revision des Versaillesvertrages erreichbar. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm sodann die Gold- und Frankenspekulationsfrage, sowie die Frage des staatlichen Schutzes für die deutschen Valutaforderungen hinsichtlich der nicht hypothekarisch gesicherten Schulden ein. Im Anschluß an die Diskussion dieser Frage wurde eine entsprechende Resolution gefaßt. Im weiteren Verlauf der Tagung berichteten die Handelskammern über den Grenzverkehr, über Zollkontrolle und den deutsch-schweizerischen Verkehrsverkehr. Zur Beratung der verschiedenen Fragen wurden zwei Kommissionen eingesetzt.

Der Ausverkauf Freiburgs.

DZ. Der Ausverkauf Freiburgs durch die valutaräufigen Schweizer ist in vollem Gange. Von Tag zu Tag springen die Preise in die Höhe. War am Samstag noch ein Herrenregenschirm für 180 Mark zu haben, so kostete er am Montag schon über 300 Mark. Um so geht es mit allen anderen Bedarfsartikeln. Immer weiter klammern die Preise in die Höhe, die Auswahl in den Geschäften wird immer kleiner. Auswählen darf man überhaupt nicht mehr, es steht schon ein zahlungsfähiger Käufer neben dir und nimmt ohne weiteres die Ware zu jedem Preis an sich. Das sind aber nicht nur Schweizer, sondern auch Freiburger, die um jeden Preis kaufen wollen, weil es nach ihrer Ansicht in Kürze nichts mehr zu kaufen gibt. Es muß anerkannt werden, daß eine kleine Anzahl von Geschäften Verläufe an Ausländer ablehnt. Aber wie häufig kommt es vor, daß die einheimische Bevölkerung als Käufer ihres Besudes beim Ausverkauf mithilft. Die meisten Schweizer kommen mit ihren roten Dauerpasseieren nach Freiburg, da es in den kleinen Grenzorten nichts mehr zu kaufen gibt. Täglich werden bis zu einem Dutzend schweizerische Zugereiste angefaßt, denen der vorgeschriebene Paß fehlt und die mit einer Geldbuße bedacht werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 62 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Ministeriums des Innern über die Beschränkung des Kleinhandelsverkaufs im Bräutertopf Rehl.

Verkehrshemmnisse.

a) Annahme von Frachtgutwagenladungen nach München Ort und Übergang ist verboten. Ausgenommen sind Lebensmittel. Zur Bewilligung weiterer dringlicher Ausnahmen ist die Direktion München zuständig.

b) Die Annahme von Frachtgutwagenladungen nach Frankfurt, Kassel, ist in der Zeit vom 11. bis einschließlich 14. ds. ohne jede Ausnahme gesperrt.

Das Gewerbeaufsichtsamt teilt mit, daß vor dem Landestatarium für das Schuhmachergewerbe eine 10- bis 20prozentige Lohnerhöhung ab 6. November zustande gekommen ist.

DZ. Der Lehrer Hinkelde Bote verboten! Der Lehrer Hinkelde Bote ist für das Jahr 1922 durch Verfügung der Interalliierten Rheinlandskommission im besetzten Gebiet verboten worden.

DZ. Mannheim, 8. Nov. Die Berufsberatungsstelle für Kriegsbeschädigte für Mannheim und der zum Landeskommisariatsbezirk Mannheim gehörenden Kreise Heidelberg und Rosbach, hat seit ihrer Gründung im Juni 1921 eine sehr erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt. Von den nahezu 2000 Mannheimer Kriegsbeschädigten, sind kaum 1 Prozent nicht in Stellung. Da den Leichtbeschädigten der Schutz des Gesetzes nicht zur Seite steht, fällt ihr Hineinfinden in die Maschine des Erwerbslebens selbstverständlich schwerer, besonders, wenn sich der Grad ihrer Erwerbsbeschränkung in Höhe von 30 bis 60 Prozent bewegt.

DZ. Mannheim, 9. Nov. Die Firma Benz hat als Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Betriebes eine Reihe von Bedingungen gestellt. Sie verlangt bestimmte Garantien, daß in Zukunft Ruhe und Ordnung im Betriebe und die persönliche Sicherheit, Autorität und Bewegungsfreiheit der Betriebsbeamten gewährleistet wird, sowie die restlose Anerkennung der Arbeitsordnung und Tarifverträge. Diejenigen Arbeiter, welche sich bei den Ausschreitungen am Montag Kälteleiden und grobe Beleidigungen ausgedulden haben lassen, sollen von der Wiedereinstellung ausgeschlossen werden, ebenso eine Anzahl Arbeiter, welche fortgesetzt die Ruhe und Ordnung im Betrieb gestört haben. Die engbültige Entscheidung über den Ausschluß dieser Leute soll einem besonderen Schiedsgericht übertragen werden. Diese Bedingungen wurden heute in einer vormittags einberufenen Versammlung der Benz-Arbeiterschaft im Riebelungsaal bekannt gegeben.

DZ. Rohrbach bei Eppingen, 8. Nov. In der Nacht zum Montag brach in dem Anwesen des Landwirts Martin Eichenhuth in Rohrbach ein Brand aus, der infolge des starken Sturmes so schnell um sich griff, daß in kurzer Zeit 6 Wohnhäuser und 7 Scheunen eingestürzt wurden. Die Familie Eichenhuth, die im Schlaf überfallen wurde, konnte nur mit Not das nackte Leben retten. Das Vieh wurde zum großen Teil gerettet, der Gebäude- und Fahrzeugschaden usw. ist aber sehr bedeutend. Er wird auf über anderthalb Millionen Mark geschätzt.

DZ. Pforzheim, 9. Nov. Der Stadt wurden von der Firma Casa Escocany in Buenos-Aires 30 000 M. für Waisen, und arme und kranke Kinder der Stadt Pforzheim überwiesen.

DZ. Ettlingen, 7. Nov. Wie der „Landmann“ mitteilt, geriet ein französisches Passagierflugzeug in das heftige Sturmwetter und wurde gezwungen, eine Notlandung vorzunehmen. Es gelang ihm unter außerordentlichen Schwierigkeiten in der Nähe des hiesigen Güterbahnhofes niederzugesinken und ohne Unfall auf ebener Erde zu landen. Die beiden Insassen, der Pilot und der Passagier, sind Franzosen. Sie kommen von Nürnberg und wollten nach Straßburg fliegen. Nachdem sie das Flugzeug verankert und eine Wache aufgestellt hatten, logierten sie sich im Gasthaus zum „Erhpringen“ hier ein. Im Laufe des Vormittags verließen sie wieder ihr Quartier in der Absicht, den Flug fortzusetzen. Das Flugzeug trägt die Aufschrift „Berliner Spag“, ist aus Aluminium, hat eine Kabine mit 6 Sitzen und diente als Flugpost von Warschau—Brag über Jürich—Nürnberg nach Straßburg.

DZ. Rastatt, 8. Nov. Der frühere Landtagsabgeordnete, Gewerbeamt A. Niederhülsh, hat eine Verurteilung nach Berlin in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat erhalten.

Im Interesse der vielen Bruchleidenden sei an dieser Stelle nochmal ganz besonders auf das Inserat in Nummer 261 und 262 der Karlsruher Zeitung des Herrn Ph. Steuer Sohn, Spezial-Bandagen und Orthopädie-Fabrikation in Konstanz hingewiesen, welcher anwesend sein wird am:

Samstag, den 12. November, morgens von 8—4 Uhr in Karlsruhe, Hotel Sonne am alten Bahnhof,
Freitag, den 11. November, morgens von 9—3 Uhr, in Bruchsal, Hotel Rappen,
Sonntag, den 13. November, morgens von 9—12 Uhr, in Rastatt, Gasthaus zum Schiff.

nach des Vortragenden Deutung alle mythischen Vorgänge nur Sinnbilder und am Sternenhimmel abzulesen (Geburt Christus und Mithras am 25. Dezember, der Stunde der wiederanstehenden Sonne usw.). Er bezeichnete daher beide Religionen als reine Kalenderreligionen. Redner ging dann noch auf das tiefere Wesen des Mithraismus und seines Kultes ein; er bezeichnete den Mithraismus als antikes Freimaurertum, dessen Fortsetzung unsere moderne Freimaurerei wäre.

Eine zahlreiche Zuhörerschaft verfolgte interessiert die Ausführungen Dr. Drews.

DZ. Dem badischen Dichter Emil Strauß, der seit einiger Zeit in schwerer Arbeit die Adersholle bebaut, um sich und seine Familie zu ernähren, wurde durch Vermittlung des rheinischen Dichters Wilhelm Schäfer ein Ehrenpreis von 6000 M. des Verbandes der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein übersandt.

Badisches Landestheater. Am nächsten Freitag gelangen für die „Volksbühne“ Heinrich v. Kleists einaktiges Lustspiel „Der zerbrochene Krug“ und Mollières Komödie „Der eingebildete Kranke“ zur Aufführung, womit die Vorstellungsfolge C beginnt. Die beiden Stücke haben die von ihrer letzten Neuinszenierung am Landestheater her bekannte Besetzung der Hauptrollen behalten, mit Ausnahme der „Eva“ und des „Rupprecht“ im „Zerbrochenen Krug“, die jetzt von Karla Gerl und Hubert Endlein dargestellt werden und der „Angelique“ und des „Gleanthe“ im „Eingebildeten Kranken“, die an Hans Raffé und Ludwig Unger übergingen.

Da sich Fräulein Hete Stecher einer Kieferoperation unterziehen mußte, mußte eine Spielplanänderung in dieser Woche vorgenommen werden. Infolgedessen fällt die Vorstellung von „Die verstellte Einfalt“ am Freitag den 11. ds. Mts. aus und findet dafür die Schülermietspielvorstellung A 7 „Alessandro Stradella“ statt. Am Sonntag den 13. November wurde für „Ramon“ Wagner's „Der fliegende Holländer“ angefaßt. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Aus der Landeshauptstadt.

60. Geburtstag des Abg. Dr. Glodner. Am heutigen 10. November feiert der Präsident des Badischen Verwaltungsgerichtshofes Abg. Dr. Karl Glodner seinen 60. Geburtstag. Dr. Karl Glodner hat sich sowohl als Beamter wie als Abgeordneter große Verdienste um die badische Heimat erworben, in den letzten Jahren namentlich bei Schaffung der badischen Verfassung. Auch bei allen weiteren Gesetzen hat er in besonderem Maße mitgewirkt. Wir sprechen dem Jubilar, mit dem die „Karlsruher Zeitung“, als er noch als Pressereferent und Ministerialdirektor im Ministerium des Innern amtierte, besonders eng zusammenarbeitete, unsere besten Glückwünsche zum heutigen Tage aus.

Bürgerausschuß.

Auf eine weitere kleine Anfrage der Zentrumsfraktion über Maßnahmen der Stadt zugunsten der Kleinrentner erwiderte Bürgermeister Horstmann:

Zunächst ist festzustellen, daß das städt. Fürsorgeamt in seiner durch die Gemeindefassung vom 8. Februar 1920 geschaffenen Neuorganisation grundsätzlich allen Bevölkerungsklassen und jedem Hilfsbedürftigen zur Verfügung steht, die nicht imstande sind, sich aus eigener Kraft, oder vermittelt allgemeiner Maßnahmen der Wohlfahrtspflege, in ihrer Erhaltung zu erhalten. Es ist die pflichtgemäße Aufgabe des städt. Fürsorgeamtes, sich in der Ausübung dieser Fürsorge so zu betätigen, daß es für niemanden, der sich in einer unerschuldeten Notlage befindet, auch nicht für notleidende Kapitalrentner, eine unbillige Zumutung enthält, das Fürsorgeamt in Anspruch zu nehmen.

Allgemeine Wohlfahrtsmaßnahmen zugunsten des durch die Geldentwertung betroffenen Standes der Kleinrentner zu treffen, ist an sich Sache des Reichs, das ja solche Maßnahmen bereits für die aller nächste Zeit in Aussicht gestellt hat.

Leichtwohl hat auch die Stadt Karlsruhe in der Kleinrentnerfürsorge schon vor einiger Zeit mit besonderen Maßnahmen wirksam eingegriffen. So hat sie schon vor etwa einem halben Jahre mit sämtlichen Inhabern des Brünnerhauses am Mühlburger Tor, die fast ausnahmslos zur Gruppe der Kapitalrentner gehören, sog. Rentenabstandsverträge abgeschlossen, durch die es den Inhabern ermöglicht wird, trotz der ständig steigenden Inflation die Kapitalrenten bis Lebensende in der Aussicht zu verbleiben, unter der alleinigen Voraussetzung, daß das vorhandene Kapitalvermögen, soweit es dazu ausreicht, zur Sicherung der Leistungen der Stadtgemeinde verpflichtet wird. Über den Abschluß ähnlicher Verträge mit den Inhabern anderer hiesiger Anstalten und Seime sind Verhandlungen im Gange, und außerdem ist in Aussicht genommen, nach Bedarf Rentenabstandsverträge auch mit solchen bedürftigen Kleinrentnern zu schließen, denen hierdurch auch außerhalb eines Heims oder einer Anstalt ein zum Lebensunterhalt ausreichendes Jahreseinkommen gegen Verpfändung ihres Kapitalvermögens gesichert werden soll. Eine Besprechung hierüber zwecks näherer Vereinbarung der Grundzüge wird demnächst mit der hiesigen Ortsgruppe des Kleinrentnerbundes stattfinden. Die zur Durchführung der beschriebenen Maßnahmen für das laufende Jahr erforderlichen Mittel sind mit rund 300 000 M. in die jährlichen Voranschläge, der dem Bürgerausschuß in wenigen Wochen zugehen wird, vorgesehen. Vom badischen Staat ist eine Beihilfe aus Staatsmitteln in Höhe von etwa der Hälfte dieses Betrages zu erwarten.

Sichtlich der Auszahlung der Teuerungszulagen an die Lehrerschaft wurde auf eine Anfrage Strobel, Peter und Wittmann folgende Antwort erteilt: „Die Gehaltsabteilung der Stadthauptkasse ist infolge der ständig sich wiederholenden neuen Berechnungen und Zahlungen außerordentlich in Anspruch genommen. Von einer absichtlichen Verzögerung kann keine Rede sein. Am wenigsten von einer vorläufigen Zurücksetzung einer bestimmten Beamtenklasse. Die Zahlungsanweisungen

werden vielmehr bei der Stadthauptkasse in der Reihenfolge des Eintreffens bearbeitet. Bezüglich der Lehrer ist dabei zu berücksichtigen, daß seit Inkrafttreten des Steuerverteilungsgesetzes an alle Lehrer, auch die der Volksschule, die Zahlung erst auf Weisung des Ministeriums erfolgt. Daraus erklärt sich, daß die städtischen Beamten ihre außerordentlichen Bezüge früher als die Lehrer erhalten haben, weil hier die Stadt nicht auf Anweisung von dritter Seite zu warten hatte. Die Anweisungen für die Lehrer der Volksschule gehen an das Rektorat, von diesem an das Rechnungsamt zur Prüfung, dann an die Stadthauptkasse; hier wird für jeden einzelnen Zahlungsberechtigten der ihm zuzumehrende Betrag berechnet. Die Anweisungen für die erhöhte Teuerungszulage gingen in den Tagen vom 22.—25. Oktober bei der Gehaltsabteilung der Stadthauptkasse ein und sind von dieser beschleunigt bearbeitet worden.

Die Anfrage enthält den Vorwurf der Pflichtwidrigkeit gegen städtische Beamte. Näheres hierüber wird die Untersuchung ergeben; eine vorläufige Erhebung ergab keinerlei Anhalt dafür, daß der Inhalt des in der Anfrage wiedergegebenen Wirtshausgesprächs eine sachliche Grundlage hat.

Im Rahmen der Tagesordnung genehmigte der Bürgerausschuß darauf nach kurzer Debatte einstimmig die Vorlage über ein Darlehen von 500 000 M. an die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle G. m. b. H., die wir schon kürzlich in unseren badischen Wochenrückblicken besprochen, sowie eine Anzahl kleinerer Vorlagen, darunter eine solche der Stromversorgung von Raxau, die eine Aufwandsvermehrung von 245 000 M. auf 320 000 M. vorsieht.

Staatsanzeiger.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Verwaltungsrat Georg Trauer bei der Landesversicherungsanstalt Baden zum Verwaltungsratssekretär daselbst.

Planmäßig angeheilt:

Revisionsassistent Alfred Dörwächter beim Bezirksamt Schwetzingen unter dem 1. Oktober 1921 mit der Amtsbezeichnung Oberrevisor.

Justizministerium.

Zugelassen:

Rechtsanwalt Karl König in Berlin beim Landgericht Heidelberg.

Ernannt:

die Notare Heinrich Käpfer in Freiburg, Heinrich Knecht in Mannheim, Wilhelm Huber in Forzheim und Ludwig Wasserhagen in Karlsruhe zu Notariatsabteilern, die Bürogehilfen Adam Gärtner beim Notariat Mannheim, Albert Körner beim Amtsgericht Heidelberg, Jakob Böhrer beim Notariat Mühlbach, Alfred Spatz beim Notariat Offenburg, Max Hadenberg beim Notariat Freiburg und Ernst Morkat beim Amtsgericht Karlsruhe zu Justizassistenten; die Schreibgehilfinnen Mathilde Woesdt beim Amtsgericht Oberkirch, Rosa Christoph beim Amtsgericht Mühlbach, Auguste Eisenhauer beim Amtsgericht Emmendingen und Lina Schenrich beim Amtsgericht Tauberbischofsheim zu Kanzlistinnen. Justizinspektor Wilhelm Breithaupt beim Amtsgericht Karlsruhe zum Gerichtsdiener beim Oberlandesgericht und Kanzlegehilfe Josef Schneider beim Amtsgericht Freiburg zum Kanzleiaspiranten.

Verfetzt:

Justizobersekretär Karl Bils beim Landgericht Waldshut zum Landgericht Karlsruhe, die Kanzleisekretäre Oskar Lange

beim Notariat Mannheim zum Landgericht Mannheim. Wallich Adred beim Landgericht Mannheim zum Notariat Mannheim, Michael Knobloch beim Notariat Freiburg zum Landgericht Freiburg, Johann Joss beim Landgericht Freiburg zum Amtsgericht Freiburg und Kanzleiaspirant Fritz Fischer beim Amtsgericht Freiburg zum Landgericht Freiburg.

Justizassistent Oskar Fuchs beim Landgericht Freiburg zur Staatsanwaltschaft Freiburg.

Entlassen auf Antrag:

Staatsanwalt Emil Wiest in Konstanz.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

zum Oberarchivar: Archivar Dr. Albert Krieger, General-Landesarchiv; zum Oberbibliothekar: Bibliothekar Dr. Ferdinand Meier bei der Landesbibliothek; zu Professoren: die Reallehrer Gustav Schneider, Hermann Zahn, Verhold Schmitt, Johann Reibhart, Friedrich Horn, der Zeichenlehrer Franz Steinhardt, sämtliche beim Staatstechnikum;

zum Finanzoberinspektor: Kassier Konrad Weiser beim Landestheater; zu Verwaltungsoberinspektoren: Obersekretär Heinrich Frey beim General-Landesarchiv, Obersekretär Friedrich Körber bei der Landesmusikschule;

zu Verwaltungsinpektoren: die Oberverwaltungssekretäre Franz Mod, Heinrich Wanner beim General-Landesarchiv, Ludwig Röhr bei der Landesmusikschule;

zum Bibliothekarssekretär: der Bibliothekarssekretär Friedrich Riede bei der Landesbibliothek; zum Technischen Inspektor: Oberzeichner Fritz Oeb beim General-Landesarchiv; zum Technischen Sekretär: August Schwall bei der Sternwarte in Heidelberg; zum Verwaltungsratssekretär: Kanzleiaspirant Wilhelm Nohleder beim Staatstechnikum; zum Verwaltungsassistenten: Kanzleiaspirant Max Katsch bei der chemischen Prüfungs- und Versuchsanstalt; zur Kanzleisekretärin: Kanzleiaspirantin Luise Schmitt beim General-Landesarchiv; zur Oberpräparatorin: Präparator Max Glitsch beim Landesmuseum;

zum Technischen Assistenten: Maschinist Franz Kaufmann beim Staatstechnikum; zum Oberaufsichtlichen Hausmeister: Gustav Wächter bei der Kunstschule; zu Aufsehern die Amtsgehilfen Christoph Öhring bei der Landesbibliothek und Karl Mohr, Anton Sterle, Johann Gutmann beim Landesmuseum;

zum Oberlaboranten: Laborant Karl Oser bei der Lebensmittelpflichtstation; zu Laboranten: die Amtsgehilfen Bernhard Meinhart und Josef Joz beim Landesmuseum, Josef Seifried bei der zoologischen Abteilung der Landesamtlungen für Naturkunde, Ernst Thoma und August Bachmann bei der Landesmusikschule;

zum Obermaschinisten: Maschinist Karl Föhler beim Landes-theater; zu Hausmeistern: die Amtsgehilfen Johann Sauer-gast bei der Gemäldergalerie in Mannheim, Ludwig Wiedel beim Landes-theater, Wilhelm Adermann beim Theater in Baden.

Beizugebungsbeihilferin Johanna Kad beim akademischen Krankenhaus in Heidelberg zur Oberen Wirtschaftsideamantin daselbst;

Seiger Leonhard Egidin bei der Frauendienst in Freiburg zum Maschinisten daselbst.

Verfetzt:

Professor Martin König von der Humboldtschule in Karlsruhe an die Goetheschule daselbst.

Evang. Kirchenregierung.

Die Evangelische Kirchenregierung hat den von der Kirchengemeinde Karlsruhe gewählten Stefan Pfarrer Adolf Herrmann in Wilsbergingen als Pfarrer der Offstadtparochie in Karlsruhe bestätigt.

Die Evangelische Kirchenregierung hat den Pfarrer Georg Sager in Kippenheim zum Pfarrer in Leopoldshafen ernannt.

Freitag, den 11. November 1921.
Landestheater. 7—9 Uhr. M. 20.—
Schülermiete - Vorstellung
A 7
Alessandro Stradella.
Konzerthaus. 7 bis nach 1/10 Uhr
Volkshöhne C I
Der zerbrochene Krug.
Der eingebildete Kranke.

Persönlichkeit

mittleren Alters, die mit Werbe-Organisation sehr vertraut ist, auf dem versicherungs- und banktechnischen Gebiet und welche speziell eine Vorliebe für Landwirtschaf hat, für großes, sicheres und gut rentables Unternehmen für

Dauerstellung

per sofort gesucht. Gewünscht wird große Gestalt, gute Vorbildung und Nachweis über Erfolg auf diesem Gebiet. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Lichtbild sofort erwünscht unter **M. M. 2677** an **Ala Haasenstein & Vogler, Mannheim.** R. 760

Praktische Säuglingskleidung

Abbildungen, Schnittmuster und Stickereivorlagen.

Preis M. 3.20

Herausgegeben von der **Berbestelle für deutsche Frauenkultur**

Bereine, Organisationen usw. erhalten bei Bezug größerer Partien einen steigenden Rabatt.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe (Baden)
Karlsruherstraße 14.

Soeben erscheint in 7. verbesserter Auflage

Lektionen und Entwürfe

für den

heimatkundlichen Anschauungs-Unterricht

Methodisch bearbeitet von

Hauptlehrer **Georg Sturm**

II. Teil

mit 16 Seiten Zeichnungen und 256 Seiten Text

Preis M. 24.—

Ein Buch, das in 7. Auflage erscheint, bedarf keiner empfehlenden Einführung. Für tausende von jungen Lehrern ist Sturm ein Führer gewesen, auf die Denkweise des Kindes liebevoll einzugehen, mit den ABC-Schülern kindlich zu reden und sie zu selbständigem Denken und Schaffen anzuleiten. Das Buch ist für alle Verhältnisse brauchbar; aus der Fülle des Stoffes kann jeder eine den heimatischen Bedürfnissen und Lehrplänen entsprechende Auswahl leicht herstellen.

Von besonderem Werte sind noch die dem Buch beigegebenen Zeichnungen, die dazu bestimmt sind, dem Tätigkeitstrieb der Kleinen Rechnung zu tragen und das Kind anzuregen, dem Geschauten und Erlebten sichtbaren Ausdruck zu geben.

Mit dem Erscheinen des II. Bandes sehen wir uns veranlaßt, den Preis des I. Bandes (VII und 275 Seiten nebst 12 Seiten Zeichnungen) auf **M. 16.—** festzusetzen.

Ein Urteil von vielen: Wenn jeder Lehrer die erste Schulstunde im Sinne des Verfassers geben würde, würden sicher alle Kränken der Kinder verschwinden. Seines vortrefflichen Inhaltes wegen sollte das Buch jedem Schullehrer dringend empfohlen oder besser mitgegeben werden, ja selbst der junge Mittelschullehrer könnte sich daraus eine gute Methode erlernen.

Süddeutsche Schulblätter.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag **G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe**
Karlsruherstraße 14.

Stiefbrief.

3.652
Sparn, Ferdinand, Landwirt, geb. 9. 5. 1897 zu Forzheim, zuletzt wohnhaft i. Verdenhof, wegen Verbrechen gegen §§ 267, 268, 48, 242, 243, 74 Str. G. B. Urkundenfälschung — Diebstahl. Akten: 5 J. 553/19. Reife, 29. Okt. 1921. Staatsanwaltschaft.

Aufgebotsverfahren.

Herr Student Georg von Aronow hier, Waldstraße 58, hat den Antrag gestellt, die in Verlust geratene Pfandscheine: Nr. 24569 vom 3. August 1921, ausgestellt über eine schwarze Joppe, geschätzt zu 100 M., und beliehen mit 50 M.; Nr. 24882 vom 6. August 1921, ausgestellt über eine goldene Kugel mit einem kleinen Brillant, geschätzt zu 35 M., und beliehen mit 25 M., für kraftlos zu erklären. R. 759

Auf Grund des § 48 unserer Satzungen fordern wir hiermit den Inhaber der genannten Pfandscheine auf, solche innerhalb eines Monats, vom Tag der Einrückung an gerechnet, bei uns vorzulegen und seine Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Kraftlosklärung erfolgen wird. Karlsruhe, 8. Nov. 1921. Städtisches Sparfassenamt.

Jagdverpachtung

des Saant. Forstamtes Heidelberg am Montag, den 21. November 1921, vorm. 9 Uhr, im Rathaus zu Hiegelhausen. 3.673

Kördlicher Teil des „Cameralwaldes“ auf Waldgemarkung Hiegelhausen. Fläche etwa 1020 ha. Pachtzeit 1922—1928. Auerwild als Standwild. Bedingungen beim Forstamt einzusehen.

Elektr. Ausstattung des Wasserkraftwerkes Böhrenbach.

Die Stadtgemeinde Böhrenbach hat die elektrische Ausstattung, Generatoren, Schaltanlage und Transformator für ihr Wasserkraftwerk im Wege des Angebotsverfahrens zu vergeben. Bedingungen mit genauem Beschrieb sind gegen Einzahlung des Betrages von 20 M., der bei Offertabgabe wieder erstattet wird, vom städt. Elektrizitätswerk Böhrenbach zu beziehen; daselbst kann auch jede weitere Auskunft eingeholt werden.

Die Angebote sind bis spätestens 1. Dezember 1921 vorzulegen und mit der Aufschrift „Elektrische Ausstattung des Wasserkraftwerkes Böhrenbach“ versehen beim Gemeinderat Böhrenbach einzureichen. R. 759 Böhrenbach, 7. Nov. 1921. Gemeinderat.

Badischer Sinnen-gütertarif, Deutsch. Heft C I b.

Mit Gültigkeit vom 15. November l. J. werden im Ortsverkehr der Stationen Grenzach, Weil bei Rörtach, Rodttau, Kirchen - Hausen und Ergingen und der innerhalb dieser Umgrenzung gelegenen Stationen im Verkehr mit Waldshut Übergang Auslandszuschläge nicht mehr erhoben. Für die auf den genannten Stationen umzubehalten oder neu aufzugebenen Sendungen von weiter gelegenen Stationen werden die für Entfernungen über 40 Km. gültigen Zuschläge erhoben. 3.683

Karlsruhe, 8. Nov. 1921. Eisenbahn - Generaldirektion.